



Menschenrechtsdefizite Österreichs: Jetzt Taten statt Worte

Ministerrat beschließt Annahme der Menschenrechtsempfehlungen der Vereinten Nationen

Wien, 3. Mai 2011 – Im Jänner wurde die Menschenrechtssituation in Österreich durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen überprüft, im Anschluss wurden 151 Empfehlungen zur Verbesserung des Menschenrechtsschutzes ausgesprochen. Die Regierung wird im heutigen Ministerrat einen Großteil der Empfehlungen, die unter anderem institutionelle Änderungen – Stärkung der Volksanwaltschaft, rechtliche Verbesserungen – Angleichung des Schutzniveaus bei Diskriminierung sowie menschenrechtskonformen Umgang mit MigrantInnen vorsehen, annehmen.

Die Initiative menschenrechte. jetzt., ein Zusammenschluss von mehr als 360 Nichtregierungsorganisationen, die sich im Rahmen der Menschenrechtsprüfung formiert hat, begrüßt die Befassung der Bundesregierung mit den Empfehlungen des Menschenrechtsrates. VertreterInnen der Initiative zeigen sich jedoch enttäuscht, dass die Regierung in zentralen Bereichen bestehende Defizite nicht anerkennt und die Empfehlungen des Menschenrechtsrates ablehnt.

So wird die Verankerung sämtlicher Menschenrechte gemäß der Universellen Menschenrechtserklärung ebenso abgelehnt, wie die Etablierung einer Institution, die für umfassenden Menschenrechtsschutz zuständig ist. Dies, obwohl die Mitglieder der Vereinten Nationen die Arbeit der diversen Anwaltschaften (Volksanwaltschaft, Gleichbehandlungsstellen, Patientenanwälte, etc.) anerkannt haben, deren mangelnde Unabhängigkeit, Ressourcenknappheit und eingeschränkte Zuständigkeit massiv kritisierten.

Für die Umsetzung der Empfehlungen hat Außenminister Spindelegger den Vereinten Nationen die regelmäßige Koordination mit der Zivilgesellschaft zugesagt. Die Initiative menschenrechte. jetzt. fordert, dass der nunmehrige Vizekanzler das Versprechen einlöst und die verschiedenen Nichtregierungsorganisationen, von denen die meisten in der Initiative vertreten sind, in die konkrete Umsetzung der Empfehlungen regelmäßig einbezieht. Die VertreterInnen der Initiative haben eine entsprechende Zusage vom Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten erhalten.

Zur Umsetzung der Empfehlungen bleiben knapp vier Jahre: im Jänner 2015 erfolgt die nächste Prüfung.

Am 20. Mai findet in der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Wahl der nächsten Mitglieder des Menschenrechtsrates statt, Österreich bewirbt sich um einen Platz. Dementsprechend hoch ist die Erwartung, dass das wahrscheinliche Menschenrechtsratsmitglied Österreich seine menschenrechtlichen Verpflichtungen einhält und die mehr als 120 Empfehlungen entsprechend zügig und umfassend erfüllt.

Über die Initiative menschenrechte. jetzt.

Die Initiative menschenrechte. jetzt. versammelt 360 NGOs, die sich mit der Umsetzung von Menschenrechtsstandards in Österreich befassen. Gegründet wurde die Initiative anlässlich der 2011 erstmals für Österreich stattfindenden Universellen Menschenrechtsprüfung der Vereinten Nationen, bei der die österreichische Regierung der UNO über die heimische Menschenrechtssituation berichtet. Die Initiative menschenrechte. jetzt. ist für die Erstellung eines NGO-Berichts über den Stand der Menschenrechte in Österreich zuständig und hat weitere koordinierte Aktionen auf internationaler und nationaler Ebene zum Schutz der Menschenrechte in Österreich zum Ziel. Die Österreichische Liga für Menschenrechte koordiniert die Initiative menschenrechte. jetzt.

Kontakt & Infos:

Marion Wisinger
Kordinatorin Initiative menschenrechte.jetzt.
Generalsekretärin der Österreichischen Liga für Menschenrechte
Tel. 0699 11 34 01 32
e-mail: office@menschenrechte-jetzt.at

Marianne Schulze
Co-Initiatorin Initiative menschenrechte. jetzt.
Tel. 0699 11 87 73 68
e-mail: buero@menschenrechte-jetzt.at
www.menschenrechte-jetzt.at

Nele Renzenbrink
Ecker & Partner Öffentlichkeitsarbeit
und Public Affairs GmbH
Tel. 01 59932-26
e-mail: n.renzenbrink@eup.at